BUNDESKANZLER
WILLY BRANDT STIFTUNG

Frank-Walter Steinmeier

Willy-Brandt-Rede Lübeck 2018

Rede des Bundespräsidenten am 30. Oktober 2018
in der Musik- und Kongresshalle

Schriftenreihe
Heft 33

HERAUSGEBERIN
Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung
Bundesstiftung des öffentlichen Rechts

Der Vorstand
Prof. Dr. Ulrich Schöler *(Vorsitzender)*
Prof. Dr. Dieter Dowe
Prof. Dr. Axel Schildt

REDAKTION
Dr. Wolfram Hoppenstedt *(Geschäftsführer)*
Julia Hornig M.A.
Malte Mau M.A.

Der Text der Rede des Bundespräsidenten entspricht der Veröffentlichung des Bundespräsidialamts: www.bundespräsident.de/Willy-Brandt-Rede-2018

GESTALTUNG
Pralle Sonne, Berlin

REALISATION UND DRUCK
Hans Gieselmann Druck und Medienhaus, Nuthethal

Forum Willy Brandt Berlin
Unter den Linden 62–68
D-10117 Berlin
www.willy-brandt.de

Willy-Brandt-Haus Lübeck
Königstraße 21
D-23552 Lübeck

Die Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung wird aus dem Bundeshaushalt finanziert und unterliegt der Rechtsaufsicht der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien (BKM).

© Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung d. ö. R.
Printed in Germany 2019
ISSN 1434-6176
ISBN 978-3-933090-32-4

Frank-Walter Steinmeier

Willy-Brandt-Rede Lübeck 2018

Rede des Bundespräsidenten am 30. Oktober 2018
in der Musik- und Kongresshalle

Schriftenreihe der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung
Heft 33

Die „Willy-Brandt-Rede Lübeck“ des Willy-Brandt-Hauses Lübeck wendet sich jedes Jahr an ein breites historisch-politisch interessiertes Publikum. Sie bietet Grundsatzreden zu den drängenden gesellschaftlichen und politischen Fragen unserer Zeit. Als Referent*innen werden herausragende Persönlichkeiten aus Politik, Wissenschaft, Wirtschaft oder Kultur eingeladen. Die Reihe wird in Kooperation mit der Hansestadt Lübeck durchgeführt.

Die Ausrichtung der Willy-Brandt-Rede Lübeck 2018 mit dem Bundespräsidenten wurde durch großzügige Spenden unterstützt von Gerd Walter, Frank-Thomas Gaulin, Jürgen Hagenow und Manuel Wille.

INHALT

Willy Brandt –
Stationen seines Lebens **6**

Bundestagspräsident a. D. Dr. h.c. Wolfgang Thierse **8**
Einführung durch den Vorsitzenden des Kuratoriums der
Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung

Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier **11**
Willy-Brandt-Rede Lübeck 2018

WILLY BRANDT – STATIONEN SEINES LEBENS

1913	Am 18. Dezember in Lübeck geboren
1930	Eintritt in die SPD
1933–1945	Exil in Norwegen und Schweden Widerstand gegen das NS-Regime
1936	Illegaler Aufenthalt in Berlin
1945–1947	Rückkehr nach Deutschland als Korrespondent für skandinavische Zeitungen
1947	Presseattaché an der Norwegischen Militärmission beim Alliierten Kontrollrat in Berlin
1948	Vertreter des SPD-Parteivorstandes in Berlin
1949–1957, 1961	Berliner Abgeordneter im Deutschen Bundestag
1950–1971	Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses
1955–1957	Präsident des Berliner Abgeordnetenhauses
1957–1966	Regierender Bürgermeister von Berlin
1964–1987	Vorsitzender der SPD
1966–1969	Bundesaußenminister und Vizekanzler
1969–1992	Mitglied des Deutschen Bundestages
1969–1974	Bundeskanzler

1971	Verleihung des Friedensnobelpreises
1976–1992	Präsident der Sozialistischen Internationale
1977–1983	Vorsitzender der Nord-Süd-Kommission
1979–1983	Mitglied des Europäischen Parlaments
1987–1992	Ehrenvorsitzender der SPD
1992	Am 8. Oktober in Unkel bei Bonn verstorben

DR. H.C. WOLFGANG THIERSE

Einführung durch den Vorsitzenden des Kuratoriums der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung

Sehr geehrter Bundespräsident!
Sehr geehrter Herr Ministerpräsident!
Sehr geehrter Herr Bürgermeister Lindenau!
Sehr geehrte Frau Stadtpräsidentin Schopenhauer!
Verehrte Repräsentanten aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur,
meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich möchte Sie im Namen des Kuratoriums und des Vorstandes der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung ganz herzlich zur Willy-Brandt-Rede Lübeck 2018 willkommen heißen. Ganz besonders herzlich willkommen heiße ich unseren Ehrengast und Redner des heutigen Tages, den Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland Frank-Walter Steinmeier.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, zum nunmehr neunten Mal lädt das Willy-Brandt-Haus Lübeck gemeinsam mit der Hansestadt Lübeck eine herausragende Persönlichkeit ein, die – anknüpfend an das Erbe Willy Brandts – drängende politische und gesellschaftliche Probleme unserer Zeit analysiert und mögliche Lösungsstrategien aufzeigt. Aus diesem Anlass Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier willkommen heißen zu dürfen, ist uns eine ganz besondere Ehre.

Ich sage dies auch im Namen der Hansestadt Lübeck, der wir für die bewährte Partnerschaft bei dieser Veranstaltungsreihe danken. Ihnen, sehr geehrte Frau Stadtpräsidentin Schopenhauer und sehr geehrter Herr Bürgermeister Lindenau, danken wir ganz besonders für die laufende Unterstützung der Arbeit unseres Willy-Brandt-Hauses, das im Dezember 2017 seinen 10. Geburtstag gefeiert hat und im September den 500.000 Besucher begrüßen durfte.

Ganz besonders dankbar sind wir Gerd Walter, Frank-Thomas Gaulin, Jürgen Hagenow und Manuel Wille, die die Willy-Brandt-Rede Lübeck auch in diesem Jahr wieder so großzügig unterstützen.

Ein herzliches Dankeschön geht zudem an die Big-Band des Johanneum und ihren Leiter Hartmut Jung. Wir freuen uns, dass die Band auch in diesem Jahr die musikalische Umrahmung der Willy-Brandt-Rede übernimmt.

Der Musik- und Kongresshalle Lübeck möchte ich ebenfalls danken. Einen besseren Ort hätten wir für diese Veranstaltung nicht finden können.

Meine Damen und Herren, liebes Lübecker Publikum! Wir freuen uns, dass Sie aus Anlass der Willy-Brandt-Rede wieder so zahlreich erschienen sind. Und wir danken Ihnen für Ihr Interesse an der Arbeit unseres Willy-Brandt-Hauses durch das ganze Jahr.

Nun komme ich zu unserem Ehrengast. Für Frank-Walter Steinmeier ist Lübeck kein fremdes Pflaster. Der Bundespräsident beehrte die Stadt zuletzt Anfang des Jahres. Und auch das Willy-Brandt-Haus ist ihm nicht unbekannt. Während des G7-Gipfels 2015 nahm sich Frank-Walter Steinmeier als damaliger Außenminister die Zeit, sich von unseren jugendlichen Besucherreferenten und -referentinnen durch die Dauerausstellung führen zu lassen und gemeinsam mit Federica Mogherini, der Hohen Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik, mit Schülern und Schülerinnen über Außenpolitik zu diskutieren. Das bleibt ein unvergesslicher Nachmittag für alle, die dabei waren.

Doch zurück in die Gegenwart. Die Hansestadt feiert in diesem Jahr ihren 875. Geburtstag. Sie nimmt dieses Jubiläum nicht allein zum Anlass, die Geschichte dieser schönen und stolzen „Königin der Hanse“ auszuleuchten. Das Jubiläum wird auch für einen Bürgerdialog über die Zukunft der Stadt genutzt. Alle sind eingeladen, sich darüber Gedanken zu machen, wie wir in Zukunft miteinander leben wollen!

Ich denke: Ein solcher Bürgerdialog ist wichtig! Denn er steht zugleich für den Versuch, aktuelle Irritationen gemeinsam zu benennen, im Austausch miteinander gegenwärtige Sorgen und Ängste zu besprechen, und sich darüber zu verständigen, was diese Stadt und ihre Gesellschaft stark macht.

Viele von uns haben in dieser Zeit das Gefühl, dass etwas ins Rutschen gekommen ist. Und zwar nicht nur in der Welt da draußen, sondern auch hier in unserer unmittelbaren Nachbarschaft. Es geht darum, wie wir unser soziales und politisches Gemeinwesen leben. Die großen und abstrakten Schlagworte lauten auf der einen Seite sicherlich Globalisierung und Digitalisierung. Tatsächlich aber geht es um nicht weniger als unseren sozialen Zusammenhalt und unsere demokratischen Grundwerte. Oder, in noch kleinerer Münze gesprochen: Was ist uns Heimat und wie wollen wir sie gemeinsam gestalten?

Lübeck verfügt über eine Formel, die jeder, der die Stadt durch das Holstentor betritt, kennt: *Concordia domi forix pax*. Eintracht nach innen, draußen Friede. Diese Formel mag keine Zauberformel sein. Aber sie kann als Leitsatz wirken, wie die berühmte Umformulierung durch Willy Brandt, Sohn dieser Stadt, zeigt: „Wir wollen ein Volk von guten Nachbarn sein und werden, im Innern und nach außen.“

Diese Worte Willy Brandts sind fast 50 Jahre alt. Sie stammen aus seiner ersten Regierungserklärung als Bundeskanzler am 28. Oktober 1969. Heute erscheint es mir, als müsse man die Worte „sein“ und „werden“ besonders betonen: Wir wollen uns alle dafür immer wieder neu einsetzen.

Ähnliches gilt für einen weiteren zentralen Gedanken Willy Brandts aus seiner Rede. Ich meine den Slogan, der Geschichte geschrieben hat: „Wir wollen mehr Demokratie wagen.“ Auch das ist nur möglich, wenn wir uns allen gegenwärtigen Unkenrufen zum Trotz dafür einsetzen: Demokratie will gelebt werden!

Lübeck ist eine starke Stadt! Lübeck ist stark, weil seine Bürgergesellschaft stark ist – und ganz besonders dann, wenn sie zusammensteht. Dazu muss ich nicht weit in die 875-jährige Geschichte der Stadt ausgreifen. Auch muss ich Sie, meine sehr geehrten Damen und Herren, nicht daran erinnern, wie stark Ihre Stadt war, als sie sich dem „braunen Mob“, der Lübeck über Jahre an Palmarum heimsuchte, erfolgreich widersetzte, oder als Lübeck erfolgreich für seine Uni kämpfte. Und doch wissen wir alle: Solidarität und Demokratie sind keine Selbstverständlichkeit, sie bilden eine Lebensaufgabe, eine fortlaufende Verpflichtung.

Wir sind froh und dankbar, dass wir mit unserem heutigen Ehrengast einen Redner begrüßen dürfen, der qua Amt und als Person genau dafür einsteht.

Sehr verehrter Herr Bundespräsident!

Seien Sie noch einmal herzlich willkommen in Lübeck.

Sie haben nun das Wort.

Ich danke Ihnen!

WILLY-BRANDT-REDE LÜBECK 2018

BUNDESPRÄSIDENT FRANK-WALTER STEINMEIER

„Überall müssen Autorität und Tradition sich die Frage nach ihrer Rechtfertigung gefallen lassen."

Ich bitte um Nachsicht und verweise bei kritischen Nachfragen auf das Amt, welches ich bekleiden darf, dass ich diese Rede nicht mit einem Zitat des Bundeskanzlers Willy Brandt, sondern eines Bundespräsidenten, nämlich Gustav Heinemann, beginne.

Außerdem füge ich meiner Erklärung hinzu, dass mit der oben zitierten Infragestellung von Autorität und Tradition natürlich weder die Traditionen der ehrwürdigen Hansestadt Lübeck noch die Autorität Willy Brandts gemeint sein kann.

Sondern jener berühmte Satz aus Gustav Heinemanns Antrittsrede vom 1. Juli 1969 klingt nahezu wie ein frühes Resümee des geschichtsmächtigen Jahres 1968, das nunmehr genau ein halbes Jahrhundert zurückliegt. Ich will das Jahr 1968, so war es von Ihnen gewünscht, als Dreh- und Angelpunkt ins Zentrum meiner heutigen Rede stellen, denn es führt uns einerseits hinein in das politische Wirken des Bundeskanzlers Willy Brandt und seiner damaligen Koalition – und eröffnet andererseits den Blick auf längere, immer noch wirkmächtige Entwicklungslinien der bundesrepublikanischen Demokratie. Gewiss ist jedenfalls, dass heute – wenn auch auf ganz andere Weise als 1968 – Autoritäten, Institutionen, ja geradezu Selbstverständlichkeiten in der liberalen Demokratie infrage gestellt werden. Auch deshalb lohnt aus meiner Sicht der Blick auf die Zeitenwende von 1968, wenn uns denn Willy Brandts Aufruf, „mehr Demokratie zu wagen", auch heute noch etwas zu sagen hat – und ich glaube, das hat er!

Ich will vorneweg Wolfgang Thierse und der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung ganz herzlich danken für die Einladung zu dieser Rede. Herzlichen Dank auch Ihnen, Herr Ministerpräsident Günther, dass Sie gekommen sind! Ich freue mich, dass ich heute gewiss nicht zum ersten Mal – wohl aber zum ersten Mal als Bundespräsident im wunderschönen Lübeck zu Gast sein darf. Herzlichen Dank für den überaus freundlichen Empfang!

Fangen wir mit den schwierigen Fragen an: War 68 eine Revolution? Die dabei waren sagen: „Wenn es so etwas gäbe, vielleicht eine halbe." Oder: „68 war

keine Revolution, aber revolutionär." Oder: „Möglicherweise war es eine Kulturrevolution."

Nicht auf diese und genau genommen auf keine meiner Fragen habe ich eine einstimmige Antwort erhalten, als ich in diesem Sommer Zeitzeuginnen und Zeitzeugen von 1968 zu einem Gespräch im Schloss Bellevue zu Gast hatte. Es war erstaunlich zu beobachten, wie schnell sich die Gesprächstemperatur in einer eigentlich in die Jahre gekommenen Gruppe von Menschen erhitzen kann! Zum ersten Mal seit 50 Jahren saßen da Protagonisten beider Seiten an einem Tisch – Bahman Nirumand, Helke Sander, Peter Schneider, Knut Nevermann auf der einen, Hermann Lübbe und Hans Maier als konservative Kritiker der Studentenbewegung auf der anderen. Wolfgang Kraushaar, als Chronist der Studentenbewegung, war auch dabei. Es dauerte keine halbe Stunde, bis die alten Konflikt- und Scheidelinien wieder offen zutage lagen. Von historischem Konsens konnte an diesem Abend jedenfalls keine Rede sein.

Daniel Cohn-Bendit hat einmal die These aufgestellt: Wäre 68 eine Revolution gewesen, dann hätten die 68er die Machtfrage stellen und für sich entscheiden müssen. Das sei nicht passiert. Und deshalb sei 68 keine Revolution, sondern eine Revolte gewesen.

Ich weiß, es ist nicht ungefährlich, sich mit 68ern in Revolutionstheorie, sozusagen auf heimischem Rasen, messen zu wollen. Aber ich wäre – fünf Jahrzehnte später und in Deutschland um die Erfahrung einer friedlichen Revolution reicher – beherzter in meinem Urteil mindestens über das revolutionäre Potenzial dieser Zeit. Mir scheint, die Machtfrage ist gestellt worden – wenn auch in anderer Weise, als damals diskutiert wurde.

Sie ist gestellt worden in unzähligen Familien, an unzähligen Abendbrottischen, zwischen Kindern und Eltern, zwischen Schülern und Lehrern, Studierenden und Professoren. Und es ging im Kern um eine Neubestimmung von Autorität. Verbote und Gebote, Lehrformen und Lehrstoffe wurden nicht mehr einfach hingenommen. Wer auf einer höheren Hierarchiestufe stand, musste sich rechtfertigen. Er musste sich Rückfragen oder gar Widerspruch gefallen lassen. Wo vorher autoritäres Verhalten in Erziehung und Bildung akzeptiert war, Kommando und schweigender Gehorsam, da mussten Eltern, Lehrer und Professoren nun eine begründete Autorität erwerben, die sich erst im Dialog gewinnen ließ. Anders gesagt: Was sich nicht begründen ließ, ließ sich auch nicht halten. Dazu zählte körperliche Gewalt und Einschüchterung in der Erziehung ebenso wie das Beschweigen der NS-Vergangenheit. Denn es gab doch schlechthin keine Familie, die nicht in jene Erfahrungen einbezogen war – und sie lagen 1968 kaum mehr als 20 Jahre zurück, weniger Zeit, als uns heute vom Fall der Mauer trennt.

Auch die Frage, ob die Machtfrage entschieden wurde, würde ich bejahen. Sie wurde entschieden, nicht im Wege des Systemumsturzes, sondern zugunsten eines neuen Gesellschaftsmodells, eines neuen Begriffs auch dessen, was „Bürgerlichkeit" bedeutet, nämlich eine Gesellschaft von Staatsbürgern mit gleichen Rechten und Pflichten, die nach politischer Teilhabe und Veränderung verlangten. Staatsbürger, für die Demokratie mehr war als die Definition einer Staatsform, nämlich die Ermutigung, all jene sozialen Verhältnisse zu hinterfragen, jene Obrigkeitshörigkeit aufzubrechen, die in das Verhängnis geführt hatten. Und sie verkörperte nicht zuletzt die Hoffnung darauf, dass sich Auschwitz nie wiederhole!

Ich selbst war 1968 zwölf Jahre alt und taugte – schon aus Altersgründen – nicht zum Revolutionär. Gleichwohl war ich alt genug, um in den folgenden Jahren zu den Ersten zu gehören, die den gesellschaftlichen und politischen Wandel spürten, der im Studentenprotest 1968 einen Katalysator gefunden hatte. Wie viele meiner Generation, bin ich der erste meiner Familie, der Abitur machen und studieren konnte, der erleben durfte, dass der Zugang zu Bildung jene gesellschaftliche und politische Teilhabe ermöglicht, die wir heute zu den elementaren Voraussetzungen einer demokratischen Gesellschaft zählen.

Nutznießer dieses politischen Wandels war natürlich nicht nur meine Generation, sondern auch nachfolgende Generationen. Wir alle profitieren von der Öffnung und Demokratisierung der Gesellschaft – sie prägt unser Land zum Glück auch heute noch!

Wenn wir also den Gedanken zulassen, dass ein fundamentaler Wandel sich nicht notwendiger Weise ad hoc, gewaltsam und auf der Straße vollzieht, sondern vor allem grundlegend und nachhaltig sein muss, dann würde ich für 1968 in Anspruch nehmen wollen: Es war ein Epochenjahr. Es stand am Ende wie am Anfang einer Entwicklung, deren Folgen ebenso grundstürzend wie nachhaltig waren.

Die Bewältigung und Überwindung der Nachkriegsjahre, die viele, vor allem die Jugend, als „bleierne Zeit" empfanden, begann allerdings nicht erst 1968. Das schwere Erbe der Väter, der bedrückende Schatten des Holocaust, die beschämende Wiederbegegnung mit dem deutschen Vernichtungskrieg in den zerstörten Städten des eigenen Landes wie auch auf jeder Reise ins europäische Ausland oder in ein israelisches Kibbuz, zugleich die Sehnsucht nach Distanzierung,

nach intellektueller Emanzipation, etwa in der kritischen Theorie – das alles lag auf dem emotionalen Pfad vieler junger Deutscher hin zu dem Epochenjahr 1968.

Eine wichtige Wegmarke kam bereits ein Jahrzehnt zuvor. Der Ulmer Einsatzgruppenprozess von 1958 markierte den Beginn einer strafrechtlichen Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit, wie sie zuvor nicht stattgefunden hatte. Dass hinter der gutbürgerlichen Fassade der 1950er-Jahre Kriegsverbrecher enttarnt wurden, die sich als monströse Kriminelle erwiesen, hatte Konsequenzen. Der Rückzugsweg in das gutbürgerliche Idyll war spätestens nach dem Abschluss der Auschwitzprozesse 1968 abgeschnitten.

Fritz Bauer, an dessen Wirken als Generalstaatsanwalt in Hessen ich erst kürzlich in der Frankfurter Paulskirche erinnert habe, ging es tatsächlich um mehr als um die Aburteilung von NS-Verbrechern. Er glaubte an die Bundesrepublik Deutschland als ein politisches Gemeinwesen, das, von seinen Bürgern getragen, verbesserungsfähig war. Er glaubte auch an die junge Generation, auf die er setzte und die er förderte. Von ihr erwartete er nicht die Weltrevolution, sondern das Mitwirken an einem liberalen Rechtsstaat.

Und er sollte Recht behalten. Die Überwindung der bleiernen Zeit gelang nicht in den Sit-ins des SDS. Das Aufbrechen überkommener Strukturen, die Neubestimmung und Legitimierung von Autorität, die Öffnung der Gesellschaft – all das bedeutete schließlich das Bohren dicker Bretter. Es gelang nicht in einem triumphalen revolutionären Wurf, nicht mit Rechthaberei, sondern durch Beharrlichkeit und politische Überzeugungsarbeit.

Die Einsicht, dass sich die Probleme einer modernen Welt nicht mit dem Griff in die ideologische Mottenkiste lösen lassen, kam nicht allen. Aus der 68er-Bewegung sind nach der Auflösung des SDS im März 1970 marxistisch-leninistische und maoistische Gruppierungen entstanden, zunehmend kleiner und zunehmend radikaler. Einige von ihnen gingen, als selbsternannte „Leninisten mit Knarre“, den Abweg eines gewaltsamen Kampfes, den Weg in den Terrorismus, mit dem die Rote Armee Fraktion die Republik überziehen sollte.

Die allermeisten, in der Zeit um 1968 Radikalisierten, allerdings fanden den Weg aus den Kaderorganisationen heraus, um den langen Marsch durch die Institutionen anzutreten. Sie sind, wie wir wissen, nicht hindurch marschiert, sondern geblieben – vielfach in verantwortlichen Positionen, in der Politik ebenso wie in der Wissenschaft, Wirtschaft und Kultur.

Ja, 1968 war ein Einschnitt in der bundesdeutschen Geschichte: Er polarisierte die Gesellschaft zutiefst, erzeugte Anfeindungen, Unversöhnlichkeiten, denen

sich über Jahre hinweg auch Persönlichkeiten wie Brandt oder Heinemann, Grass oder Böll ausgesetzt sahen.

Das politische Potenzial der Revolte allerdings entfaltete sich erst nach 1968: Nicht nur in der Parteipolitik, und nicht nur in einer Partei – kaum eine der Parteien blieb von den Veränderungen unberührt. Es entfaltete sich auch im Regierungshandeln, in den Reformen, die die sozialliberale Koalition unter Willy Brandt in Angriff nahm, und nicht zuletzt – das ist mir besonders wichtig – in der parlamentarischen Arbeit im Deutschen Bundestag.

„Mehr Demokratie wagen“ hieß ja nicht, die Bundesrepublik Deutschland als demokratischen Staat neu zu gründen. Eine Demokratie war sie bereits. „Mehr Demokratie wagen“ sollte dazu ermutigen, das in der Verfassung angelegte demokratische Potenzial auszuschöpfen. Es sollte heißen: „Seid mutig und löst ein, was das Grundgesetz Euch verspricht!“

Die Öffnung der Hochschulen, neue Mitbestimmungsrechte im Betriebsverfassungsgesetz, die Senkung des Wahlalters, die Gleichberechtigung von Frauen und Männern, die Liberalisierung von Strafrecht und Strafvollzug – all das war der Griff in der Realität nach dem, was die freiheitliche Verfassung auf dem Papier verhieß.

Und ich möchte gleich hinzufügen: Auch heute ist Demokratie in erster Linie ein Versprechen, und kein Endzustand, und dieses Versprechen richtet sich an immer neue Generationen: an junge Menschen, an Schüler, Auszubildende, Studenten – und auch an die, die als Zugewanderte Deutsche geworden sind. Gerade ihnen möchte ich nach manch verletzenden Debatten der letzten Monate zurufen: „Seid mutig und löst ein, was das Grundgesetz Euch verspricht – es steht Euch genauso zu wie allen andern!“

Der bereits erwähnte Gustav Heinemann sprach poetisch von „einem Frühlingswind des Verlangens nach persönlicher Mitgestaltung“. Es war ein Wandel der politischen Kultur, der sich vollzog, und insbesondere der neu gewählte Bundespräsident setzte dabei auf die treibende Kraft der Jugend. Zum ersten Mal ging da ein Staatsoberhaupt auf die Studentenbewegung zu.

„Die Regierung kann in der Demokratie nur erfolgreich wirken, wenn sie getragen wird vom demokratischen Engagement der Bürger“, sagt Willy Brandt in seiner ersten Regierungserklärung 1969. „Wir haben so wenig Bedarf an blinder Zustimmung, wie unser Volk Bedarf hat an gespreizter Würde und hoheitsvoller Distanz. Wir suchen keine Bewunderer; wir brauchen Menschen, die kritisch mitdenken, mitentscheiden und mitverantworten.“

Brandt entwarf eine politische Vision: das Ideal einer Staatsbürgergesellschaft. Der Amtsantritt der sozialliberalen Koalition sollte – auch das war eine Botschaft dieser Rede – das endgültige Ende der Nachkriegszeit markieren.

Sollte inzwischen der Eindruck entstanden sein, ich wolle Willy Brandt zum 68er erklären und behaupten, die politischen und gesellschaftlichen Brüche, für die 68 eine Chiffre geworden ist, seien zwangsläufig auf ihn, seine Kanzlerschaft und eine sozialliberale Koalition zugelaufen, dann will ich diesen Eindruck an dieser Stelle sogleich korrigieren.

Brandts Haltung zu den 68ern, vor allem zu ihrem politisch wahrnehmbaren Kern, der APO, war ambivalent. Im Generationenkonflikt der 1960er-Jahre war er noch dazu ein unmittelbar Beteiligter, wie man in den Erinnerungen seiner beiden älteren Söhne, Peter und Lars, nachlesen kann.

Für den Wunsch nach Veränderungen hatte Brandt Verständnis und zeigte es auch. Demokratie war für ihn ein Prozess, der Bewegung und auch eine gewisse Unruhe vertragen konnte – und musste. Kompromisslos war er hingegen in seiner Ablehnung der Gegner parlamentarischer Demokratie, insbesondere der klassenkämpferischen Verachtung von Parlamentarismus und Pluralismus in Teilen der Studentenbewegung. Peter Brandt weist darauf hin, dass sein Vater mehrfach auf seine Lebenserfahrung in der Weimarer Republik Bezug genommen habe. Brandt sah in der Hilflosigkeit des demokratischen Rechtsstaats in Weimar einen der Gründe für sein Scheitern, und deshalb verwahrte er sich gegen eine Infragestellung des staatlichen Gewaltmonopols und beharrte auf Rechtsstaatlichkeit. „Krawalle und Gewalttätigkeiten“, erklärte Brandt, „schaffen ein Klima, das den überfälligen Reformen nicht förderlich ist, sondern sie erneut zu hindern droht. Sie spielen also eine objektiv reaktionäre Rolle.“

Willy Brandt wusste, dass Demokratie scheitern kann. Brandt, Jahrgang 1913, war alt genug, um 1932/33, als Anfang 20-Jähriger, das Ende der Weimarer Republik erlebt zu haben. Er war 19 Jahre alt, als die demokratischen Parteien der Weimarer Koalition bei den Reichstagswahlen im Juli 1932 zusammen nur noch auf 37 Prozent kamen und damit hinter die NSDAP zurückfielen. Diese bittere Erfahrung hinterließ in der jungen Bundesrepublik eine Wunde im kollektiven Gedächtnis, eine Erschütterung des Selbstbewusstseins, dass die Geschichte nur den Fortschritt kennt. Wie konnte es sein, dass ein derart brutaler, gewaltbereiter, antisemitischer Nationalismus bei einem großen Teil der Wähler so populär werden konnte?

Es ist richtig – wie oft geschrieben wurde –, dass es der Weimarer Republik an überzeugten Demokraten fehlte. Aber ebenso richtig und noch schmerzhafter ist

es, dass die Antidemokraten in den Schicksalsmonaten, als die Republik um ihr Überleben kämpfte, in der Mehrheit waren. Ja, die Zerstörung der Demokratie wurde auf dem Wege demokratischer Wahlen eingeleitet und die Verhöhnung des Parlamentarismus vollzog sich auf der Bühne des Parlaments.

In einem noch heute bedrückend zu lesenden Text aus dem Jahr 1931 beschreibt der Reichstagsabgeordnete Rudolf Hilferding die „tragische Unmöglichkeit", „die Demokratie zu behaupten gegen eine Mehrheit, die sie nicht will". Diese erschütternde Erfahrung war prägend für die Politikergeneration eines Brandt oder Heinemann, eines Gerstenmaier oder Dahrendorf. Aber es bleibt auch unsere politische Verantwortung – die Verantwortung jedes Einzelnen –, dass antidemokratische Stimmen nie wieder mehrheitsfähig werden!

Was es heißt, Demokratie und Freiheit zu verlieren, hat ein anderes Ereignis des Jahres 1968 gezeigt, der kurze Frühling der Freiheit in Prag, der schließlich mit dem Einmarsch der Truppen des Warschauer Pakts endete. Er setzte der Hoffnung auf Reformen, ja der Hoffnung auf Reformfähigkeit des Sozialismus sowjetischer Prägung überhaupt ein Ende. Das galt auch für die DDR.

Verbindungen zwischen Dissidenten in der DDR, der Gruppe um Robert Havemann, und der APO hatte es gegeben. Doch sehr viel größeren Einfluss hatten die Ereignisse in Prag. Endlich bewegt sich etwas – war das vorherrschende Gefühl im Kreis um Havemann und Wolf Biermann. Das Scheitern der Reformbemühungen unter Dubček war eine umso größere Enttäuschung – „das tragischste Ereignis seit dem Zweiten Weltkrieg", wie Herbert Marcuse befand. Die Hoffnung auf Demokratisierung und Liberalisierung – politische, gesellschaftliche, kulturelle –, Dubčeks Ideal eines „Sozialismus mit menschlichem Antlitz" – all das wurde von sowjetischen Panzern zermalmt. In Prag war das Wagnis Demokratie für die Staaten des ehemaligen Ostblocks gescheitert, auf Jahre hin, bis in den 1980er-Jahren, beginnend auf den Danziger Werften, die Zeitenwende in Osteuropa anbrach.

Was können wir festhalten, mit dem Abstand von 50 Jahren?

In der Vorbereitung auf diese Rede ist mir eine vergilbte Zeitungsseite in die Hände gefallen: Lübecker Nachrichten, 14. April 1968. Einem „kurzfristigen Aufruf durch Handzettel" folgend, berichtet die Zeitung, haben sich zwei Tage nach dem Attentat auf Rudi Dutschke einige hundert, „meist jugendliche" Protestierende auf dem Lübecker Markt versammelt, unter der Aufsicht des Innensenators „am Rathausfenster" und des Polizeidirektionsleiters „im sommerlich hellen Kamelhaarmantel", wie die Zeitung in ungewöhnlicher Detailschärfe vermerkt. Einer der jungen Redner auf dieser Lübecker Kundgebung wird mit den Worten zitiert: „Lassen Sie uns gemeinsam beweisen, dass wir die Idee der Demokratie ernst nehmen!" Vielleicht ist es genau das: Menschen haben die Demokratie ernst genommen! Und im Zuge dieses Wandels, für den „68" eine Chiffre geworden ist, ist manches an gesellschaftlicher Öffnung, Liberalisierung, Erneuerung in unserem Land geglückt!

Dies dürfen wir heute Abend festhalten. Aber wir sollten zugleich bedenken, dass es viele Generationen waren, die daran ihren Anteil hatten: Es war gewiss der Mut der 1968er, aber es war am Ende auch die Versöhnung mit der Lebenserfahrung der 1945er, jener skeptischen, vielfach desillusionierten Generation zwischen Nationalsozialismus und Demokratie.

Und ich will noch eine weitere, eine dritte Generation nennen, ohne die gelebte Demokratie in der heutigen Bundesrepublik nicht denkbar ist: die 45er, die 68er und die 89er! Die Erfahrungen im Osten Deutschlands, zwei Jahrzehnte nach der zerstörten Hoffnung von Prag, all das, was jetzt in der friedlichen Revolution gelang, birgt Geschichten von Hoffnung, Freiheitsdrang und großem Mut. Das wissen wir. Aber zu diesen Geschichten des demokratischen Aufbruchs von 1989 gehören auch die Geschichten des Umbruchs nach 1989 – Geschichten auch von Verlust, Zumutung, Enttäuschung. Ich finde, von allen deutschen Demokratiegeschichten sind diese noch zu wenig erzählt und erst recht zu wenig gehört worden!

„Nicht weniger, sondern mehr Demokratie – das ist die Forderung, das ist das große Ziel."

Mit diesem Zitat komme ich noch ein letztes Mal auf die Antrittsrede meines Amtsvorgängers Heinemann zurück – und muss fragen: Was ist dann nur heute los? Woher kommt die neue Faszination des Autoritären, die in aller Welt zu spüren ist, auch in Europa, auch in unserem eigenen Land? Woher die Lockrufe jener, die die Institutionen der liberalen Demokratie und ihre Repräsentanten verächtlich machen, die unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung ganz grundsätzlich infrage stellen?

Ist das etwa – so mutmaßen manche – der verspätete Rollback von 1968, das Aufbäumen alter Besitzstände, die Umkehr der gesellschaftlichen Öffnung, getrieben vom Wunsch nach einer irgendwie gearteten „heilen alten Welt" – auch wenn es die so nie gegeben hat –, gar nach einer „konservativen Revolution", wie sie in beachtlicher historischer Taubheit gefordert wurde?

Ich denke: nein. Fünf Jahrzehnte nach 1968 können wir uns hoffentlich darauf verlassen, dass die demokratischen Kräfte der Mehrheit hinter die gesellschaftliche

Öffnung und Liberalisierung unseres Landes nicht mehr zurück wollen. Und dass die wenigen, die es wollen, das auch nicht mehr können! In den letzten fünf Jahrzehnten hat sich mit dem politischen Versprechen der Verfassung auch die gesellschaftliche Realität unseres Landes verändert. Chancengleichheit, Teilhabe, Selbstbestimmung oder Gleichberechtigung sind heute Begriffe, auf die sich alle Demokratinnen und Demokraten im Deutschen Bundestag einigen können. Das ist eine gewaltige Errungenschaft, und sie wird erhalten bleiben!

Doch die Risse im demokratischen Fundament sind heute unübersehbar. Und deshalb lohnt vielleicht der Blick auf einen kleinen, aber wichtigen Unterschied zwischen den beiden Antrittsreden, zwischen Gustav Heinemann und Willy Brandt. Heinemanns „mehr Demokratie" finden wir auch bei Willy Brandt. Aber bei Brandt wird daraus: „mehr Demokratie wagen."

Ja, dieser Satz war ganz sicher ein Signal des Aufbruchs, und so wurde er 1969 fast ausschließlich wahrgenommen. Doch heute erkennen wir vielleicht schärfer, dass zweierlei in diesem Wörtchen „wagen" steckt: Versprechen und Verheißung, ja, aber auch ein Moment von Unsicherheit und Risiko.

Unsere Demokratie ist auch 2018 mit keiner Ewigkeitsgarantie versehen. Die gesellschaftlichen Fliehkräfte in unserem Land sind in den vergangenen Jahren erheblich gewachsen – die Gegensätze schroffer, die Mauern höher, der Ton schärfer geworden. Wir spüren erneut: Gerade die offene, die liberale Gesellschaft steckt voller Widersprüche, voller Konflikte, voller Zumutungen. Sie muss das aushalten und aushandeln können. Zur Demokratie gehört beides: „sich in die Lage anderer versetzen" und „Widerspruch akzeptieren" – so haben Sie, Herr Ministerpräsident, es kürzlich formuliert.

In diesen Tagen steht bei alledem immer stärker infrage, ob die politischen Parteien, insbesondere die Volksparteien, die den gesellschaftlichen Wandel in den letzten Jahrzehnten kanalisiert und politisch getragen haben, dies auch unter neuen gesellschaftlichen Vorzeichen bewältigen können. Diese Frage stellt sich – natürlich nicht erst seit den Wahltagen in Bayern und Hessen, und im Übrigen auch nicht nur und nicht zuerst in Deutschland. Weltweit gerät das westlich-liberale Demokratiemodell unter Druck. Die wachsende Polarisierung der Gesellschaften verschafft Populisten Auftrieb, die das Eigene absolut setzen, die Kompromissbereitschaft als Schwäche abtun, für die das „Wir" nicht mehr ist als die Verlängerung des „Ich".

Von denen, die die Parteiendemokratie bereits abgeschrieben haben, habe ich jedenfalls noch keine wirklich überzeugenden Lösungen gehört, wie die

Übersetzung von gesellschaftlicher Dynamik in politische Kompromissbildung und Verantwortung anders und besser zu bewerkstelligen ist. Ich glaube, es liegt vor allem an den Volksparteien selbst, ob es ihnen gelingen wird, auch im Angesicht von neuen Fliehkräften Gesellschaft zu integrieren, alte Strukturen ganz grundlegend zu öffnen für neue gesellschaftliche Realitäten, und vor allem, ob es ihnen gelingt, auch heute wieder glaubhaft und mitreißend Zukunft zu entwerfen. Es gibt also auch für sie, die Parteien, einiges zu „wagen".

Es ist gut, dass Willy Brandt dem Motto „mehr Demokratie", das wir heute gern und leichtfertig bejahen, dieses nicht ganz so bequeme Wörtchen hinzufügt: Wagt es! Man muss sich aufraffen für die Demokratie. Denn so gefestigt und gereift sie mit dem Blick zurück auch aussehen mag – ihre Zukunft ist offen, heute vielleicht offener denn je. Das muss uns keine Angst einjagen. Im Gegenteil: Die Demokratie ist die Staatsform der Mutigen. Vielen Dank.

BUNDESKANZLER
WILLY BRANDT STIFTUNG
WILLY BRANDT HAUS LÜBECK

Bundeskanzler
Willy Brandt Stiftung
WILLY BRANDT HAUS LÜBECK

Bundeskanzler
Willy Brandt Stiftung
WILLY BRANDT HAUS LÜBECK

PUBLIKATIONSREIHEN DER BUNDESKANZLER-WILLY-BRANDT-STIFTUNG

SCHRIFTENREIHE DER BUNDESKANZLER-WILLY-BRANDT-STIFTUNG

Heft 1
Willy Brandt – 25 Jahre Friedensnobelpreis
Berlin 1998, ISBN 3-933090-00-8

Heft 2
Politik für Berlin – Willy Brandt 1957–1966
Festveranstaltung der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung am 6. Februar 1998 im Rathaus Schöneberg zu Berlin
2. Aufl. – Berlin 1999, ISBN 3-933090-01-6

Heft 3
Egon Bahr: Willy Brandts europäische Außenpolitik
Berlin 1999, ISBN 3-933090-02-4

Heft 4
Helga Grebing: Willy Brandt – Ein Leben für Freiheit und Sozialismus
Vortrag am 22. April 1999 im Rathaus Schöneberg zu Berlin
Berlin 1999, ISBN 3-933090-03-2

Heft 5
Auftakt zur Ära Brandt – Gedanken zur Regierungserklärung Willy Brandts vom 28. Oktober 1969
Berlin 1999, ISBN 3-933090-04-0

Heft 6
Das Willy Brandt-Bild in Deutschland und Polen
Berlin 2000, ISBN 3-933090-05-9

Heft 7
Perspektiven aus den Exiljahren
Berlin 2000, ISBN 3-933090-06-7

Heft 8
Timothy Garton Ash: Wächst zusammen, was zusammengehört?
Berlin 2001, ISBN 3-933090-07-5

Heft 9
Horst Ehmke: Reformpolitik und „Zivilgesellschaft“
Berlin 2001, ISBN 3-933090-08-3

Heft 10
Remembering Willy Brandt – Egon Bahr, Henry Kissinger und die deutsch-amerikanischen Beziehungen
Berlin 2003, ISBN 3-933090-09-1

Heft 11
Peter Glotz: Willy Brandts Charisma
Berlin 2004, ISBN 3-933090-10-5

Heft 12
Basil P. Mathiopoulos: Willy Brandt – Anmerkungen zu einem Freund (dt.-griech.)
Berlin 2005, ISBN 3-933090-11-3

Heft 13
Hans Arnold: Willy Brandt und Europa
Berlin 2006, ISBN 3-933090-12-1

Heft 14
Willy-Brandt-Gespräch 2006: „Mehr Demokratie wagen“ (1969) – „Mehr Freiheit wagen“ (2005). Orientierungen für eine Gesellschaft im Umbruch?
Berlin 2007, ISBN 3-933090-13-X

Heft 15
Klaus Schütz: Berlin bleibt frei – Gedanken zu Willy Brandt
Berlin 2008, ISBN 3-933090-14-8

Heft 16
Egon Bahr: Willy Brandt und die Nation
Berlin 2008, ISBN 3-933090-15-6

Heft 17
Die Erinnerung an Willy Brandt und ein Rückblick auf die gemeinsame Zeit. Gespräch zwischen Helmut Schmidt und Egon Bahr
Berlin 2009, ISBN 3-933090-16-4

Heft 18
Robert B. Zoellick: Deutschland und der „ferne Horizont“ (Willy Brandt Lecture 2008)
Berlin 2009, ISBN 3-933090-17-2

Heft 19
Peter Merseburger: Willy Brandts Ostpolitik und die deutsche Einheit
Berlin 2009, ISBN 978-3-933090-18-0

Heft 20
Willy-Brandt-Gespräch 2009: Bürger und Politik – zunehmend auf Distanz? Zustand und Zukunft unserer Demokratie nach 60 Jahren Grundgesetz und 20 Jahre nach der friedlichen Revolution
Berlin 2009, ISBN 978-3-933090-19-5

Heft 21
Erhard Eppler: Finanzkrise, Klimakrise und Staatszerfall. Was wird aus der Einen Welt?
(Willy-Brandt-Rede Lübeck 2009)
Berlin 2010, ISBN 978-3-933090-20-1

Heft 22
Mohammed ElBaradei: Der Weg in eine sicherere Welt (Willy Brandt Lecture 2009)
Berlin 2010, ISBN 978-3-933090-21-8

Heft 23
Wolfgang Huber: Verschieden und doch gleich. Integration und Menschenbild
(Willy Brandt Lecture 2010)
Berlin 2011, ISBN 978-3-933090-22-5

Heft 24
Geert Mak: „Das erstarrte Europa“ – Ursachen und Auswege
(Willy Brandt Lecture 2011)
Berlin 2012, ISBN 978-3-933090-23-2

Heft 25
Willy Brandt: „Das Überleben sichern“ – die Einleitung zum Nord-Süd-Bericht mit einer Einführung von Dirk Messner
Berlin 2013, ISBN 978-3-933090-24-9

Heft 26
Wolfgang Schmidt: Aus historischer Verantwortung, moralischer Verpflichtung und politischer Überzeugung. Wie sich Bundeskanzler Willy Brandt um Israel und den Frieden im Nahen Osten bemühte
Berlin 2014, ISBN 978-3-933090-25-6

Heft 27
Willy Brandt – Stimmen zum 100. Geburtstag
Berlin 2014, ISBN 978-3-933090-26-3

Heft 28
Corine Defrance/ Ulrich Pfeil/ Andreas Wilkens (Hrsg.): Willy Brandt – un projet pour l’Allemagne
Berlin 2014, ISBN 978-3-933090-27-0

Heft 29
„… auf 'ne gute Zukunft für die soziale Demokratie …". Das Treffen von Hans-Jochen Vogel und Willy Brandt mit führenden Vertretern der Sozialdemokratischen Partei in der DDR (SDP) am 10. November 1989 in Ost-Berlin. Eine Dokumentation mit einem Vorwort von Hans-Jochen Vogel und einer Einleitung von Wolfgang Schmidt
Berlin 2014, ISBN 978-3-933090-28-7

Heft 30
Jan Eliasson: Eine Welt in Aufruhr und Wandel: Herausforderungen an die Vereinten Nationen und ihre Mitgliedsstaaten
(Willy Brandt Lecture 2014)
Berlin 2015, ISBN 978-3-933090-29-4

Heft 31
Fritz Stern: Freiheit und Exil – Heinrich Heines Welt und die Unsere
(Willy Brandt Lecture 2015)
Berlin 2016, ISBN 978-3-933090-30-0

Heft 32
Federica Mogherini: Wir müssen zusammenstehen – die Europäische Union in schwierigen Zeiten
(Willy Brandt Lecture 2016)
Berlin 2017, ISBN 978-3-933090-31-7

Heft 33
Frank-Walter Steinmeier
(Willy-Brandt-Rede Lübeck 2018)
Berlin 2019, ISBN 978-3-933090-32-4

Die PDF-Dateien der Hefte können von der Homepage der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung unter willy-brandt.de heruntergeladen werden.

WILLY BRANDT – BERLINER AUSGABE

Herausgegeben im Auftrag der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung von **Helga Grebing**, **Gregor Schöllgen** und **Heinrich August Winkler**

Band 1
Hitler ist nicht Deutschland. Jugend in Lübeck – Exil in Norwegen 1928–1940, bearbeitet von **Einhart Lorenz**
Bonn 2002, ISBN 3-8012-0301-8

Band 2
Zwei Vaterländer. Deutsch-Norweger im schwedischen Exil – Rückkehr nach Deutschland 1940–1947, bearbeitet von **Einhart Lorenz**
Bonn 2000, ISBN 3-8012-0302-6

Band 3
Berlin bleibt frei. Politik in und für Berlin 1947–1966, bearbeitet von **Siegfried Heimann**
Bonn 2004, ISBN 3-8012-0303-4

Band 4
Auf dem Weg nach vorn. Willy Brandt und die SPD 1947–1972, bearbeitet von **Daniela Münkel**
Bonn 2000, ISBN 3-8012-0304-2

Band 5
Die Partei der Freiheit. Willy Brandt und die SPD 1972–1992, bearbeitet von **Karsten Rudolph**
Bonn 2002, ISBN 3-8012-0305-0

Band 6
Ein Volk der guten Nachbarn. Außen- und Deutschlandpolitik 1966–1974, bearbeitet von **Frank Fischer**
Bonn 2005, ISBN 3-8012-0306-9

Band 7
Mehr Demokratie wagen. Innen- und Gesellschaftspolitik 1966–1974, bearbeitet von **Wolther von Kieseritzky**
Bonn 2001, ISBN 3-8012-0307-7

Band 8
Über Europa hinaus. Dritte Welt und Sozialistische Internationale, bearbeitet von **Bernd Rother** und **Wolfgang Schmidt**
Bonn 2006, ISBN 3-8012-0308-5

Band 9
Die Entspannung unzerstörbar machen. Internationale Beziehungen und deutsche Frage 1974–1982, bearbeitet von **Frank Fischer**
Bonn 2003, ISBN 3-8012-0309-3

Band 10
Gemeinsame Sicherheit. Internationale Beziehungen und deutsche Frage 1982–1992, bearbeitet von **Uwe Mai, Bernd Rother** und **Wolfgang Schmidt**
Bonn 2009, ISBN 3-8012-0310-7

Die PDF-Dateien der zehn Bände können von der Homepage der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung unter www.willy-brandt.de heruntergeladen werden.

WILLY-BRANDT-STUDIEN

Band 1
Daniel F. Sturm: Uneinig in die Einheit. Die Sozialdemokratie und die Vereinigung Deutschlands 1989/90
Bonn 2006, ISBN 3-8012-0363-8

Band 2
Robin M. Allers: Besondere Beziehungen. Deutschland, Norwegen und Europa in der Ära Brandt (1966–1974)
Bonn 2009, ISBN 978-3-8012-0382-5

Band 3
Andreas Wilkens (Hrsg.): Wir sind auf dem richtigen Weg. Willy Brandt und die europäische Einigung
Bonn 2010, ISBN 978-3-8012-0392-4

Band 4
Friedhelm Boll/ Krzysztof Ruchniewicz (Hrsg.): Nie mehr eine Politik über Polen hinweg. Willy Brandt und Polen
Bonn 2010, ISBN 978-3-8012-0407-5

Band 5
Bernd Rother (Hrsg.): Willy Brandt. Neue Fragen, neue Erkenntnisse
Bonn 2011, ISBN 978-3-8012-0414-3

WILLY-BRANDT-DOKUMENTE

Band 1
Willy Brandt: Verbrecher und andere Deutsche. Ein Bericht aus Deutschland 1946, bearbeitet von **Einhart Lorenz**
Bonn (2. Aufl.) 2008, ISBN 978-3-8012-0380-1

Band 2
Willy Brandt: Im Zweifel für die Freiheit. Reden zur sozialdemokratischen und deutschen Geschichte, herausgegeben und eingeleitet von **Klaus Schönhoven**
Bonn 2012, ISBN 978-3-8012-0426-6

Band 3
Willy Brandt / Helmut Schmidt: Partner und Rivalen. Der Briefwechsel (1958–1992), herausgegeben und eingeleitet von **Meik Woyke**
Bonn 2015, ISBN 978-3-8012-0445-7

Band 4
Willy Brandt: Die Kriegsziele der Großmächte und das neue Europa, herausgegeben, übersetzt und eingeleitet von **Einhart Lorenz**
Bonn 2018, ISBN 978-3-8012-0535-5

Darüber hinaus wird auf die Online-Publikationen der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung unter www.willy-brandt.de verwiesen.

BILDNACHWEIS
Alle Fotos: Andreas Vallbracht

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Steinmeier, Frank-Walter: Willy-Brandt-Rede Lübeck 2018
[Hrsg.: Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung. Red.: Wolfram Hoppenstedt ...].
1. Aufl. – Berlin : Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung, 2019
(Schriftenreihe der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung ; H. 33)
ISBN 978-3-933090-32-4

„Es ist gut, dass Willy Brandt dem Motto ‚mehr Demokratie', das wir heute gern und leichtfertig bejahen, dieses nicht ganz so bequeme Wörtchen hinzufügt. Wagt es! Man muss sich aufraffen für die Demokratie. Denn so gefestigt und gereift sie mit dem Blick zurück auch aussehen mag – ihre Zukunft ist offen, heute vielleicht offener denn je. Das muss uns keine Angst einjagen. Im Gegenteil: Die Demokratie ist die Staatsform der Mutigen."

Frank-Walter Steinmeier
Bundespräsident

ISSN 1434-6176
ISBN 978-3-933090-32-4
www.willy-brandt.de

Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung d.ö.R.
Unter den Linden 62-68
D-10117 Berlin